

Keine Wirtschaftswende ohne Sozialreform

Zukunftssicherung der Sozialversicherungen als Standortfaktor für den Mittelstand

Die neue Bundesregierung verfolgt das Ziel einer „Wirtschaftswende“ und nutzt dafür höhere staatliche Verschuldung und zusätzliche Investitionen. Doch ohne eine gleichzeitige Reform der Sozialversicherungen bleibt jede wirtschaftspolitische Neuausrichtung unvollständig. Die Sozialversicherungen stehen im Zentrum der Standortfrage, weil sie unmittelbar über die Arbeitskosten, das Erwerbspersonenpotenzial und die Investitionsfähigkeit entscheiden. Für den Mittelstand, größter Arbeitgeber und tragende Finanzierungsbasis des Systems, ist ihre Stabilität eine Existenzfrage.

Ausgangslage

- Die Abgabenlast aus Sozialbeiträgen liegt bereits bei 42,5 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen, deutlich über der ursprünglich zugesagten 40 Prozent-Marke. Bis 2035 droht ein Anstieg auf 48–53 Prozent.
- Ursache ist ein strukturelles Ungleichgewicht: steigende Ausgaben durch Alterung, medizinischen Fortschritt und Leistungsversprechen treffen auf ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial.
- Die Projektionen des IGES-Instituts zeigen klar: Ohne Strukturreformen steigen die Beitragssätze in allen Versicherungszweigen, besonders stark in Renten- und Krankenversicherung.

Bedeutung für den Mittelstand

- Kleine und mittlere Unternehmen sind überproportional belastet: Sie tragen den Großteil der Arbeitgeberbeiträge, schaffen die meisten sozialversicherungspflichtigen Jobs und haben geringere Ausweichmöglichkeiten als Konzerne.
- Steigende Beiträge erhöhen die Lohnstückkosten, schwächen die Investitionsfähigkeit und erschweren die Fachkräftegewinnung.
- Viele Branchen des Mittelstands – Handwerk, Dienstleistungen, Pflege – sind arbeitsintensiv und kaum automatisierbar. Zusätzliche Kosten treffen hier unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit.

Handlungsfelder der Reform

Der Wissenschaftliche Beirat benennt vier Kernfelder für eine nachhaltige Stabilisierung der Sozialversicherungen:

1. Erwerbspersonenpotenzial stärken

© Der Mittelstand. BVMW e.V. 2025. Alle Rechte vorbehalten. Transparenzregisternummer: 082217218282-59
Der Mittelstand. BVMW e.V. ist unter der Registernummer R001657 eingetragen im Lobbyregister für die Interessensvertretung gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung.

- Längeres Arbeiten ermöglichen: Dynamische Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, Flexibilisierung des Übergangs in den Ruhestand, Qualifizierungsoffensive ab 50.
- Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Zugewanderten.
- 2. **Kapitalgedeckte Elemente ausbauen**
 - Umwandlung eines Anteils der Rentenbeiträge in verpflichtende kapitalmarktorientierte Fonds nach schwedischem Vorbild.
 - Aufbau von Demografie- und Innovationsfonds für Kranken- und Pflegeversicherung.
- 3. **Strukturreformen und Effizienzreserven heben**
 - Streichung versicherungsfremder Leistungen, klare Trennung von Steuer- und Beitragsfinanzierung.
 - Digitalisierung und integrierte Versorgungsnetze im Gesundheitswesen, Abbau von Doppelstrukturen.
 - Eigenverantwortung stärken, etwa durch moderate Selbstbehalte.
- 4. **Planbarkeit und Stabilität sichern**
 - Beitragssätze durch klare Haltelinien und automatische Anpassungsmechanismen langfristig begrenzen.
 - Verlässliche Kalkulationsbasis für Unternehmen und private Vorsorge schaffen.

Fazit

Ohne Reform verschärfen sich Kostenbelastung und Fachkräftemangel, Beitragssätze drohen auf über 50 Prozent zu steigen und die Legitimität des Systems wird untergraben. Der Mittelstand, Rückgrat der deutschen Wirtschaft, wäre besonders betroffen.

Nur eine strukturelle Neuordnung sichert die Sozialversicherungen generationengerecht, entlastet Unternehmen und stabilisiert Beschäftigung. Das Zeitfenster für eine mutige Reform ist jetzt. Wer die Wirtschaftswende will, muss die Sozialreform anpacken.

Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V.

Lutz Kordges - Pressesprecher

Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin

Telefon: + 49 30 533206-302

E-Mail: lutz.kordges@bvmw.de